

Karl Polanyis Faschismustheorie¹

Mathieu Desan und Gareth Dale

Einleitung

Karl Polanyi ist wohl nicht als Theoretiker des Faschismus bekannt. Dennoch war er es in beachtlicher Art und Weise. Eines der Hauptanliegen von *The Great Transformation* und wohl auch eine Motivation, dieses Werk zu verfassen, war es, die Ursachen für den Faschismus der Zwischenkriegszeit zu ergründen. In den 1920er- und 1930er-Jahren verfolgte Polanyi aufmerksam die Debatten zu Ursprung und Entwicklungslinien des Faschismus sowie dessen Verhältnis zum Kapitalismus, sowohl auf rechter als auch auf linker Seite. Daraus entwickelte er seine eigene Position zum Faschismus. In diesem Beitrag geben wir einen Überblick über die Debatten der Zwischenkriegszeit in der Linken, insbesondere von Otto Bauer, G. D. H. Cole, Antonio Gramsci, Hendrik de Man, August Thalheimer und Leo Trotzki. Daran anschließend erklären wir Polanyis Faschismustheorie, wie sie sich vor diesem Hintergrund entwickelte, sein Verständnis des Verhältnisses von Faschismus und Kapitalismus, der institutionellen Abtrennung der ökonomischen und politischen Sphäre, des Konflikts zwischen Kapitalismus und Demokratie, wie er sich in der Zwischenkriegszeit zuspitzte, sowie seine Unterscheidung zwischen sozialistischen und faschistischen Formen des Korporatismus. Im Zuge dessen wollen wir Polanyis Faschismustheorie innerhalb der sozialdemokratischen Debatten seiner Zeit verorten und werden dabei die Gemeinsamkeiten mit und Unterschiede zu den Hauptdenkrichtungen herausarbeiten.

Faschismus und die sozialistische Linke

Als 1936 Polanyis erste größere Abhandlung zum Faschismus, *Das Wesen des Faschismus*, erschien, war die Frage des Faschismus, seines Ursprungs und wie man ihn bekämpfen könne, bereits zu einer grundlegenden Sorge sozialistischer Theorie und

1 | Aus dem Englischen von Michael G. Kraft.

Praxis geworden. Sowohl im kommunistischen wie auch im sozialdemokratischen Lager führten in den 1930er-Jahren die Rückschläge der Arbeiterbewegung gegenüber den faschistischen und rechtsautoritären Regimen in ganz Europa zu einer Auseinandersetzung mit den gescheiterten Strategien der Vergangenheit. Die Auseinandersetzung war jedoch ungleich und instabil, da sich neue Gräben in der sozialistischen Linken auftaten, als deren AkteurInnen von den Ereignissen überholt wurden. Obwohl scharfe und klare Analysen des faschistischen Phänomens gelegentlich auftauchten, waren letztendlich weder der Kommunismus noch die Sozialdemokratie der faschistischen Welle gewachsen, bevor es schließlich zum verheerenden Krieg kam.

Das Auftauchen des Faschismus auf politischer Ebene rief zunächst wenig ernsthafte Reflexionen innerhalb der sozialistischen Kreise hervor. Als Benito Mussolini 1922 auf einer Welle von gegen die SozialistInnen gerichteter Gewalt der Schwarzhemden die Macht ergriff, wurde er rasch und energisch von der Linken verurteilt. Aber das politischen Exilierten und der niedergeschlagenen italienischen Arbeiterbewegung entgegengebrachte Wohlwollen führte nicht zu einer spezifischen Beurteilung des faschistischen Phänomens. Tatsächlich wurde der Faschismus wechselweise als italienische Besonderheit oder als typisch bürgerliche Antwort abgetan. Die sozialdemokratische Linke tendierte dazu, im italienischen Faschismus eine anomale Entwicklung zu sehen, die auf italienische Verhältnisse beschränkt war und die ohnehin bald vorüber sein würde. Daher gab es wenig Anlass, die sozialdemokratische Vorstellung eines friedlichen und stetigen Wegs zum Sozialismus zu überdenken. Die kommunistische Linke auf der anderen Seite verkannte den besonderen Charakter von Mussolinis Bewegung, indem sie in ihr bloß ein Beispiel für die Flut kapitalistischer Reaktionen auf das revolutionäre Aufbegehren nach dem Ersten Weltkrieg sah. Deshalb wurde es unter der Führung von Amadeo Bordiga zur offiziellen Doktrin der Partito Comunista d'Italia (Kommunistische Partei Italiens, KPI), den Faschismus auf ein »terroristisches Instrument« des Kapitalismus zu reduzieren. In der Folge bildete dies auch die offizielle Komintern-Linie. Man verweigerte damit jegliche sinnhafte Unterscheidung zwischen faschistischer Diktatur und einem parlamentarischen Regime, das ebenfalls als Diktatur des Kapitals aufgefasst wurde (Beetham 1984: 5). Somit sprachen die frühen kommunistischen und sozialdemokratischen Reaktionen auf unterschiedliche Weise dem Faschismus seine Spezifität ab. Wenn die Komintern Mussolinis Machtergreifung als eine »Farce, die bald vorüber sein und den Weg zur Revolution ebnen werde«, ansah, so lautete die sozialdemokratische Überzeugung, dass der normale Lauf der Geschichte bald weitergehen werde (Ceplair 1987: 42).

Als sich der Faschismus in Italien konsolidierte und autoritäre Bewegungen im restlichen Europa regen Zuspruch ernteten, wurde diese anfängliche Indifferenz gegenüber dem Faschismus unhaltbar. Nichtsdestotrotz blieben die grundlegenden Konturen linker Analyse und Strategie in Bezug auf den Faschismus bis in die frühen 1930er-Jahre weitgehend unverändert. Die Sozialdemokratie reagierte selbstgefällig auf diese neuen politischen Umstände. Émile Vandervelde, der 1929–1936 Vorsitzender der Zweiten Internationale werden sollte, sprach noch 1928 davon, dass

»es ausschließlich [...] dieses zweitklassige, ökonomisch und politisch rückständige Europa sei, wo die Diktaturen florieren« (zitiert nach: Bergounioux 1983: 33). Der Zulauf zum Nationalsozialismus in Deutschland strafte diese Auffassung natürlich Lügen, dennoch brauchten viele SozialdemokratInnen noch lange, bis sie die Bedrohung wirklich ernst nahmen. Noch 1932 blieb Karl Renner, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs (SDAPDÖ), selbstgefällig im Hinblick auf den Aufstieg der NationalsozialistInnen in Deutschland (Mozetić 1992). Im November desselben Jahres, als die NationalsozialistInnen in den letzten freien, bundesweiten Wahlen Verluste einfuhren, behauptete Léon Blum, de facto Leiter der Französischen Sektion der Arbeiter-Internationale (Section française de l'Internationale ouvrière, SFIO), zuversichtlich, dass Adolf Hitler »von nun an von der Macht ausgeschlossen bleibe« bzw. »es keinerlei Aussicht auf dessen Machtergreifung gäbe«. In einem atemberaubenden Mangel an historischer Urteilskraft zelebrierte Blum »die unüberwindbare Hürde«, die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) gegen Hitler errichtet worden sei (Blum 1932).

Die faschistischen Verbrechen und die Ermordung von Giacomo Matteotti bewegten zwar viele SozialdemokratInnen, dennoch war die europäische Sozialdemokratie nach wie vor von der Abwesenheit eines eigenständigen Denkansatzes im Hinblick auf den Faschismus in den 1920er-Jahren geprägt. Das wiederum gründete in der generell inkohärenten Doktrin der Sozialistischen Arbeiterinternationale, die zwischen einem reformistischen Flügel, vertreten durch die SPD und die Britische Labour Party, sowie den orthodoxeren Parteien wie der französischen SFIO und der österreichischen SDAP gespalten war. Trotz dieses Bruches, oder besser gesagt wegen ihm, stand die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung einer angespannten Geschlossenheit jeglichen innovativen strategischen Ansatz entgegen. Die führenden Persönlichkeiten der Sozialistischen Arbeiterinternationale sahen den Faschismus auch weiterhin als eine temporäre Abweichung vom parlamentarischen Weg zum Sozialismus an. Sowohl reformistische als auch vermeintlich revolutionäre SozialdemokratInnen waren sich darin einig, dass die politische Demokratie, d. h. in ihrer bourgeois Form, eine notwendige Voraussetzung für den Sozialismus war.² Von einem sozialdemokratischen Standpunkt aus stellte der Faschismus, den man unter die allgemeinere Kategorie der Diktatur subsumierte, eine unliebsame Entwicklung dar. Aber anstatt irgendwelche theoretischen Reflexionen darüber auszulösen, war die Position der parlamentarischen Routine jene, dass es einfacher war, den Faschismus als historische Anomalie abzutun, und dass eine Wiederherstellung der Demokratie unausweichlich wäre. Karl Kautsky sah im Nationalsozialismus eine anachronistische Form der gewaltsamen kapitalistischen Reaktion, der, da er mit der realen kapitalistischen Entwicklung

2 | Das bedeutet keine explizite Ablehnung der Revolution. Blum hielt beispielsweise an der letztlichen Notwendigkeit einer revolutionären »Machtergreifung« auch außerhalb des legalen bürgerlichen Rahmens fest. Er sah diese Möglichkeit allerdings erst, wenn die Bedingungen dafür reif sind, und dazu gehörte für ihn eine sozialistische Mehrheit im Parlament.

außer Tritt geraten und somit historisch regressiv war, zum Scheitern verurteilt sei. *Attentisme* stand somit auf der Tagesordnung (Beetham 1984: 41–42).

Wenn es überhaupt irgendwelchen theoretischen Denkanstoß innerhalb der Sozialdemokratie der 1920er-Jahre gab, dann waren es wohl die Überlegungen zu einem »Organisierten Kapitalismus« – ein Konzept, das vor allem mit Rudolf Hilferding und der »kapitalistischen Rationalisierung« verbunden war (ebd.: 41).³ Dieser tendierte jedoch dazu, den sozialdemokratischen Quietismus gegenüber dem Faschismus nur noch zu bestärken. Die zugrundeliegende Überlegung war, dass die Entwicklungstendenzen ökonomischer Rationalisierung nach dem Ersten Weltkrieg den Kapitalismus stabilisiert und damit eine geordnete Entfaltung der Produktivkräfte ermöglicht hatten. Es wäre die Übergangsphase in Richtung Sozialismus und es sei die Aufgabe der SozialistInnen, diesen Prozess der Rationalisierung auf explizit sozialistische Ziele hinzulenken. Dies könnte mit demokratischen Mitteln erreicht werden, da der Staat als neutraler Vermittler der Klassenkräfte angesehen wurde, den man sozialistisch durchdringen könne. Die strategischen Implikationen dessen standen im Einklang mit der reformistischen sozialdemokratischen Praxis der 1920er-Jahre: Da sich der Kapitalismus bereits friedlich in Richtung Sozialismus entwickle, und da der Staat kein Klassenbewusstsein habe, sei der Sozialismus innerhalb des legalen bürgerlichen Rahmens erreichbar. Wirtschaftsdemokratie erschien schlichtweg als Erweiterung der politischen Demokratie und der Weg zum Sozialismus verlaufe über das Parlament. Was den Faschismus betrifft, so stelle er keine eigenständige historische Tendenz dar, sondern eher eine Abweichung von der historischen Bewegung hin zur sozialistischen Demokratie.

Die sozialdemokratische Antwort auf den Faschismus – ob aus opportunistischem Reflex oder theoretischer Überzeugung – war, die Geschichte wieder auf Schiene zu bringen, indem man auf Abwehr setzte und, wo die bürgerliche Demokratie bereits verschwunden war, sie um jeden Preis zu restaurieren suchte. Darin gründete die desaströse Strategie des »geringeren Übels« und der »Tolerierung« der SPD, was die Partei dazu veranlasste, zunehmend reaktionäre und undemokratische Regierungen im Namen des Erhalts der Republik stillschweigend zu unterstützen, anstatt auf linker Seite eine einheitliche Vorgehensweise mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zu suchen. Anderswo in Europa waren die SozialdemokratInnen weniger zögerlich in der Beschwichtigung bürgerlicher Parteien; teilweise weil die Verhältnisse weniger katastrophal waren, doch das grundlegende Muster, den Kampf gegen den Faschismus als einen defensiven anzusehen, in dem der Großteil der Gesellschaft inklusive der Bourgeoisie ein gemeinsames Interesse verfolge, wurde auch dort repliziert. Sofern die faschistische Bedrohung innerhalb der SFIO im Frankreich der 1920er-Jahre überhaupt ernst genommen wurde, wurde sie vom reformistischen Flügel als Rechtfertigung für Wahlbündnisse mit Mitte-Links-Radikalen beschworen.

3 | Zur französischen Debatte zur Rationalisierung siehe: Moch 1927; Montagnon 1929; Philip 1928.

Verlangte die sozialdemokratische Theorie des Faschismus als historischer Anachronismus nach der Verteidigung der demokratischen Institutionen in einem Bündnis mit der progressiven Bourgeoisie, so führte die offizielle kommunistische Doktrin des Faschismus in den 1920er-Jahren zur entgegengesetzten Politik der revolutionären Isolierung. Die Absurditäten der kommunistischen Strategie gegenüber dem Faschismus in diesem Zeitraum sind weithin bekannt, jedoch mangelte es den KommunistInnen nicht an innovativen Denkansätzen zum Faschismus, vor allem im Vergleich zu den SozialdemokratInnen (vgl. Cammett 1967; Beetham 1984). Nach ihrer anfänglichen Unbedachtheit begann die Kommunistische Partei Italiens auf Drängen von Antonio Gramsci und Palmiro Togliatti eine Theorie des Faschismus zu erarbeiten, die seine Spezifität erkannte. Der Hauptstrang ihrer Analyse unterschied sich von der bordigistischen in zwei grundlegenden Aspekten: Erstens unterstrichen sie im Unterschied zur verschwörungstheoretischen Sichtweise, die im Faschismus das bloße Instrument des Großkapitals sah, den Massencharakter des Faschismus als politische Ausdrucksform des Kleinbürgertums. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass der Faschismus nicht etwa vom Kapital instrumentalisiert werde, aber es gab Aufschluss darüber, dass der Faschismus – vor allem wenn an der Macht – ein widersprüchliches und instabiles Phänomen darstellte. Zweites sahen sie den Faschismus als Folge und nicht als Ursache des politischen Versagens des Sozialismus in der revolutionären Nachkriegsphase. Der Faschismus unterschied sich von anderen reaktionären Varianten darin, dass er nicht einfach rückwärtsgewandt auf die Herstellung einer alten Ordnung abzielte, sondern eine kapitalistische Offensive darstellte, die darauf aus war, die Institutionen der Arbeiterklasse für immer zu vernichten. Diese Ansichten beschränkten sich nicht nur auf Gramsci und Togliatti, sondern fanden auch Widerhall bei Clara Zetkin, die 1923 davor warnte, im Faschismus »eine militärisch-terroristische Bewegung und nicht eine Massenbewegung, die tief in der Gesellschaft verankert ist«, zu sehen, deren Sieg über die sozialistische Bewegung zuallererst ein politischer und ideologischer und erst danach ein militärischer wäre (Cammett 1967: 151). Das Versagen der SozialistInnen, die revolutionäre Aktion unmittelbar nach dem Krieg zu ergreifen, bereite folglich den Nährboden für ihre brutale Unterdrückung durch den Faschismus.

Derartige Nuancierungen im kommunistischen Denken wurden aber rasch übertönt von der Konsolidierung eines offiziellen Komintern-Standpunkts rund um die ultralinke Weigerung, zwischen Kapitalismus und Faschismus eine grundlegende Unterscheidung vorzunehmen. Diese Haltung wurde theoretisch damit gerechtfertigt, dass die Ära des Monopolkapitalismus die letzte Phase eines rasch zusammenbrechenden Kapitalismus darstelle. Dies wurde auf dem VI. Weltkongress der Komintern 1928 weiter zur berüchtigten »Dritten Periode« ausgearbeitet, wonach die kapitalistische Welt nach einer Phase relativer Stabilität in den 1920er-Jahren reif für die Revolution sei. Dies bedeutete, dass nunmehr alle nicht-revolutionären Kräfte als konterrevolutionär eingestuft wurden und eine einzige »reaktionäre Masse« darstellen würden (ebd.: 154). Es führte zur berüchtigten Gleichsetzung von Sozialdemokra-

tie und Faschismus und erhielt den Beinamen »Sozialfaschismus«. Das Exekutivkomitee der Komintern hielt 1929 fest, dass

»in Ländern mit starken sozialdemokratischen Parteien der Faschismus die besondere Form des Sozialfaschismus annimmt, der in immer größerem Ausmaß der Bourgeoisie als Instrument dient, die Aktivität der Massen in ihrem Kampf gegen faschistische Diktatorenregime zu lähmen.« (Ebd.: 154)⁴

Wenn der Kapitalismus bereits als Faschismus und SozialdemokratInnen als ReformistInnen angesehen wurden, dann folgte daraus, dass die Sozialdemokratie nur der gemäßigte Flügel des Faschismus sei.

Die praktischen Konsequenzen dieser sektiererischen Haltung waren katastrophal, vor allem in Deutschland. Einerseits waren demnach die Regierungen Heinrich Brüning und Franz von Papen bereits faschistische Diktaturen, andererseits war die SPD der gemäßigte Flügel des Faschismus – eine Tatsache, die angeblich durch ihre Strategie der »Tolerierung« bestätigt werde. Diese Prämisse verleitete die KPD dazu, Hitler zu unterschätzen und ihre Feindseligkeit gegenüber der SPD auszuleben. In einer Zeit, als der Nationalsozialismus großen Zuspruch erfuhr, rief die KPD 1930 »den härtesten Klassenkampf gegen die Führung der SPD« aus. Die »vorrangige Aufgabe« der KommunistInnen sei es, den Einfluss der SPD »zu liquidieren«, so der Komintern-Vertreter Georgi Dimitroff. Erst danach könne man »Hitler [...] in der Mülltonne der Geschichte entsorgen« (Cepair 1987: 78). Selbstverständlich stand in Deutschland am meisten auf dem Spiel, aber in ganz Europa richteten die kommunistischen Parteien ihr Augenmerk auf ihr sozialdemokratisches Gegenüber, das sie zum vorrangigen Hindernis im Kampf gegen einen Faschismus erklärten, der im offiziellen kommunistischen Diskurs auch weiterhin keinerlei Spezifizität aufwies.

Am Vorabend der Machtergreifung durch die NationalsozialistInnen 1933 und der darauffolgenden Zerschlagung der KPD und SPD war die Antwort der europäischen SozialistInnen grundsätzlich gespalten zwischen der unbedingten Verteidigung der bürgerlichen Demokratie durch die SozialdemokratInnen und der Vermeidung dieser Verteidigung mit dem Faschismus durch die KommunistInnen. Beide unterschätzten auf ihre Art und Weise die Besonderheit und Stärke des Faschismus. Das deutsche Debakel erzwang allerdings eine Neubewertung unter SozialdemokratInnen und KommunistInnen, von denen viele offen die gescheiterte Strategie der Demobilisierung, Desorientierung und Spaltung der Arbeiterklasse angesichts dieser existentiellen Bedrohung kritisierten. Diese neugefundene Dringlichkeit wurde

4 | Trotz der offensichtlichen Absurdität dieses Arguments merkt Cammett an, dass es doch ein Körnchen Wahrheit enthält, nämlich dass sowohl die Sozialdemokratie als auch der Faschismus Versuche darstellten, eine Massenbasis für den Kapitalismus zu gewährleisten (Cammott 1967: 160). Auch Beetham verweist darauf, dass die KPD angesichts der sozialdemokratischen Duldung reaktionärer Politiken in den späten 1920er-Jahren und der Zusammenarbeit der SPD mit reaktionären Kräften in den Jahren 1918–1919 zumindest gute Gründe hatte, eine derartige Auffassung zu vertreten (Beetham 1984: 20–21).

durch neuere Ereignisse, wie etwa die Zerschlagung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs und die darauffolgende Einrichtung des Austrofaschismus in Österreich sowie die brutale Niederschlagung des Bergarbeiterstreiks in Asturien, weiter bekräftigt (Horn 1996). Darüber hinaus schien das Gespenst des Faschismus nun auch Gesellschaften zu bedrohen, in denen die demokratischen Institutionen fest in der Gesellschaft verankert waren, wie zum Beispiel in Frankreich, wo ein Aufstand von rechtsextremen paramilitärischen Gruppen im Februar 1934 von der Linken weitgehend als ein gescheiteter faschistischer Coup angesehen wurde (Berstein 1975; Jenkins und Millington 2016). Das Zusammenspiel dieser Ereignisse vor dem Hintergrund einer sich vertiefenden ökonomischen Krise sollte die bestehenden Koordinaten des sozialistischen Denkens über den Faschismus auf den Kopf stellen.

Nach 1933 wurde der Kampf gegen den Faschismus zum obersten Gebot der europäischen Linken. Die bedeutendste Entwicklung in diese Richtung war die Formierung einer Volksfront. Im Grunde genommen war die Volksfront eine Weiterführung der sozialdemokratischen Strategie, die bürgerliche Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen, wobei sie dieses Mal mit einem kohärenteren und dynamischeren »antifaschistischen« Mobilisierungsnarrativ ausgestattet war (Vernon 2009). Paradoxerweise wurden dieses Mal die KommunistInnen zur treibenden Kraft für diese Koalition von KommunistInnen, SozialdemokratInnen und der liberalen Linken.⁵ Offensichtliche Fehler und geopolitische Überlegungen nötigten die Komintern, sich von ihrer bisherigen Linie der »Dritten Periode« zu verabschieden. 1934 initiierte die Komintern eine proletarische »Einheitsfront« mit sozialdemokratischen Parteien, die sie 1935 zu einer »Volksfront« mit bürgerlich-demokratischen Parteien ausweitete.⁶ Diese neue Strategie, die explizit auf einer antifaschistischen Basis fußte, stellte sich mit der Formierung von Volksfront-Regierungen in Frankreich und in Spanien 1936 als unmittelbarer Erfolg heraus, womit Prestige und Einfluss der KommunistInnen neue Höhen erlangten.

Die Wende in der kommunistischen Strategie bedeutete auch eine signifikante Verschiebung des kommunistischen Diskurses über den Faschismus. Anstelle der alten umfassenden Definition wurde der Faschismus fortan als »offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals« definiert – eine eng gefasste Definition, die die theoretische Basis für eine breite antifaschistische Front legen sollte (Renton 1999: 77). Diese Formulierung hatte den Effekt, dass sie jegliche ernsthafte Überlegung zum Verhältnis von Kapitalismus und Faschismus ausschloss und augenscheinlich die frühere sozialdemokratische Sichtweise des Faschismus als eine minoritäre Verschwörung bekräftigte. Als die Komintern den Faschismus politisch ernster nahm, stufte sie

5 | Obgleich letztlich nicht von Erfolg gekrönt, gab es auch sporadische Versuche, diese Koalition auf die demokratische Rechte auszuweiten.

6 | KommunistInnen waren zwar zahlenmäßig nicht der bedeutendste Partner in Volksfront-Koalitionen, aber man kann festhalten, dass sie oftmals den dynamischen Kern solcher Koalitionen bildeten.

ihn ironischerweise theoretisch herab. Wie Cammett zeigt, wurde der offizielle kommunistische Diskurs über den Faschismus in der Zeit der Volksfront immer mehr an die politischen Erfordernisse angepasst (Cammett 1967: 150). Im Bestreben, den Mitte-Links-Koalitionspartnern entgegenzukommen, nahm der kommunistische Diskurs eine dramatische populär-demokratische und sozialpatriotische Wendung. Im Epizentrum der Volksfront zum Beispiel mäßigten die französischen KommunistInnen ihre Klassenkampfrhetorik und gaben sich als die BewahrerInnen einer nationalrepublikanischen Tradition aus, enthusiastisch die Tricolore schwingend und die Marseillaise singend. Sowohl auf politischer als auch auf diskursiver Ebene stellte die Volksfront eine vollkommene Umkehrung der offiziellen kommunistischen Linie hin zu einer Konzeption des Antifaschismus dar, die, wie die einstigen sozialdemokratischen Feinde, alles der Verteidigung der bürgerlichen Legalität und liberalen Demokratie unterordnete. Diese Verteidigungslogik fand ihre Krönung im Spanischen Bürgerkrieg, in dem die Kommunistische Partei Spaniens (Partido Comunista de España, PCE) im Namen des Kriegsgewinns und der Wiederherstellung der republikanischen Regierung eine aktive, konterrevolutionäre Rolle spielte.

Die Unabwägbarkeiten der Komintern-Strategie riefen in der kommunistischen Welt nur eingeschränkte Kritik hervor, aber unter diesen Andersdenkenden findet sich der originellste kommunistische Denkansatz zum Faschismus in dieser Ära. Die bekanntesten Vertreter waren August Thalheimer und Leo Trotzki. Ausgerichtet auf die kommunistische rechte Opposition war Thalheimer ein früher Verfechter einer Volksfront-Strategie, weshalb er 1929 aus der KPD ausgeschlossen wurde. Thalheimer dehnte die Marx'sche Analyse des Bonapartismus auf den Faschismus aus und sah in letzterem eine indirekte Form kapitalistischer Diktatur. »Ihre Erscheinungsform ist die Verselbständigung der Exekutivgewalt, der Vernichtung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie und die politische Unterwerfung aller übrigen Gesellschaftsklassen unter die Exekutive« (Thalheimer 1984). Thalheimer war der Ansicht, dass die demokratische Republik verteidigt werden müsse, aber er interpretierte dies in eine revolutionäre Richtung, indem er argumentierte, dass die Auseinandersetzung notwendigerweise ihre bürgerlich-demokratischen Beschränkungen überwinden und sich zu einem offensiven Kampf für die Diktatur des Proletariats wandeln werde (Beetham 1984: 31–32).

Trotzki, die überragende Figur der linken Opposition, kritisierte die Komintern-Linie von einer anderen Seite. Wie Thalheimer beanstandete auch er die »Dritte Periode«, da sie den Ernst der faschistischen Bedrohung unterschätzte. Auch er setzte sich für eine Einheitsfront von SozialdemokratInnen und KommunistInnen ein. Aber als die Komintern zur Volksfront überging, prangerte er erbarmungslos an, was er den Opportunismus der Volksfront in ihrer Leugnung des revolutionären Sozialismus zugunsten eines populär-demokratischen Antifaschismus nannte. Vor dem Hintergrund der Abkehr von der revolutionären Verantwortung entwickelte Trotzki seine eigene Faschismustheorie, die im Unterschied zu Thalheimer den Massenbewegungscharakter der unzufriedenen Mittelschichten im Faschismus betonte. Gemäß Trotzki stellte der Faschismus eine Bewirtschaftung der Angst der KleinbürgerInnen im Dienste des Monopol- und Finanzkapitals dar. Der inhärente Widerspruch

zwischen den reaktionären Zielen letzterer und den Sehnsüchten ersterer, bedeute jedoch, dass die faschistischen Regime ihre breite Basis verlieren und zu einer instabilen Form des Bonapartismus degenerieren würden.⁷ Dies wiederum würde eine Möglichkeit für die Arbeiterbewegung darstellen – auf deren revolutionäre Kraft Trotzki weiterhin vertraute –, den Abwehrkampf gegen den Faschismus in eine Offensive zur Überwindung des Kapitalismus zu drehen (Trotzki 1971: 1989).

Für die SozialdemokratInnen war die Volksfront eine durchwachsene Ära und fiel mit dem Zerfall der Sozialistischen Arbeiterinternationale zusammen. Manche von ihnen, vor allem in Ländern mit schwachen kommunistischen Bewegungen, widerstanden der Versuchung, Volksfronten zu bilden, da sie Misstrauen gegenüber den kommunistischen Motiven hegten. Die britische Labour Party beispielsweise verweigerte sich den kommunistischen Annäherungsversuchen trotz des Enthusiasmus für eine breite antifaschistische Koalition von namhaften Personen wie G. D. H. Cole. Andere, wohlgernekt die Mehrheit der französischen SFIO, nahmen die Volksfront bereitwillig an, da sie in ihr eine Validierung sozialdemokratischer Positionen sahen. Keines der Beispiele beinhaltete jedoch ein grundlegendes Überdenken der defensiven Prämissen des sozialdemokratischen Antifaschismus. Die Gründe gegen und für die Volksfront waren grundsätzlich gleichartig: absolute Priorität der Verteidigung der liberalen Demokratie im Kampf gegen faschistische Diktaturen. Blum begriff die französische Volksfront beispielsweise als eine »Besetzung der Macht«, im Gegensatz zu seinen früheren Formulierungen einer »Eroberung« oder »Ausübung« von Macht, was die SFIO nicht zu einer sozialistischen Transformation antrieb, sondern eine rein präventive Regierungsbeteiligung bedeutete, um einen faschistischen Coup zu vermeiden (Blum 1935). Als Vorsitzender der Volksfront-Regierung 1936 wurde er nicht müde, seine ungehaltenen AnhängerInnen daran zu erinnern, dass er mittels eines Volksfront- und nicht eines sozialistischen Programms an die Macht gekommen war.

Die Volksfront bedeutete folglich eine Annäherung von SozialdemokratInnen und KommunistInnen entlang einer antifaschistischen Vision, die in ihrer Art republikanisch, in ihrem Inhalt national und in ihrer Ausrichtung defensiv war. Obwohl dies im Grunde eine Affirmation der klassischen sozialdemokratischen Position bedeutete, begannen zur selben Zeit viele SozialdemokratInnen aus bitterer Erfahrung heraus, diese vorherrschende Meinung zu hinterfragen. Vor allem deutsche und österreichische SozialdemokratInnen nahmen im Exil eine scharfe Linkskurve. Rudolf Hilferding und Otto Bauer⁸ sahen beispielsweise den Faschismus als keine Anomalie mehr an, sondern als Symptom einer strukturellen kapitalistischen Krise. Da der Faschismus letztlich in den objektiven kapitalistischen Verhältnissen wurzelte, müsse der Kampf dagegen über die Verteidigung oder Wiederherstellung der Demokratie

7 | Sowohl Thalheimer als auch Trotzki nahmen auf unterschiedliche Weise Anleihen an Marx' Konzept des Bonapartismus. Thalheimer sah den Faschismus als eine Form des Bonapartismus, Trotzki sah den Bonapartismus als Folge der inneren Widersprüche des Faschismus.

8 | So wie Thalheimer und Trotzki versuchte auch Bauer Marx' Konzept des Bonapartismus auf den Faschismus anzuwenden, aber alle drei taten dies auf unterschiedliche Art und Weise (vgl. Botz 1976).

hinausgehen und die Form eines revolutionären Kampfes gegen den Kapitalismus annehmen (Hilferding 1984; Bauer 1984). Dieser Standpunkt, der bei den SozialdemokratInnen in Frankreich und anderswo, die von den selbstgesetzten Beschränkungen der Volksfront frustriert waren, Anklang fand, ist den kommunistischen Oppositionellen wie Thalheimer und Trotzki nicht unähnlich.

Im Endeffekt polarisierte die Volksfront das antifaschistische Feld wieder um die Frage der Demokratie und Revolution auf eine Art, die die alte Kluft zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus wieder aufriss. Nur unzureichend passte eine andere sozialdemokratische Alternative zur Volksfront in dieses Schema: der Planismus. Er war großteils die Erfindung von Hendrik de Man, einem belgischen Sozialdemokraten, der sich in den 1920er-Jahren als führender revisionistischer Theoretiker einen Namen machte, indem er versuchte, die Arbeiterbewegung hin zu einer ethischen Konzeption des Sozialismus, basierend auf den christlichen Werten von Gleichheit, Würde und Gerechtigkeit, umzuorientieren (de Man 1927). De Man war der Autor von *Plan du Travail*, dessen offizielle Verabschiedung durch die Belgische Arbeiterpartei (französisch Parti Ouvrier Belge, POB; niederländisch Belgische Werkliedenpartij, BWP) 1933 großes Aufsehen hervorrief und eine Verbreitung von »Plänen« über den ganzen Kontinent anregte. Das Besondere am Planismus war, dass er sowohl beim rechten als auch beim linken Flügel der Sozialdemokratie Anklang fand und tatsächlich für sich beanspruchte, die traditionelle Antinomie zwischen Reformismus und Revolution zu transzendieren. Nichtsdestotrotz leistete der Planismus einen wichtigen Beitrag zur Radikalisierung der Sozialdemokratie nach der Machtübernahme durch die NationalsozialistInnen 1933 (Horn 2001; Vergnon 1997).

Gemäß de Mans Vorstellung war »der Plan« eine sozialistische Antwort auf die doppelte Krise der ökonomischen Depression und des Faschismus. Letzteren zu bekämpfen bedeute, seine Wurzeln in ersterer zu beseitigen, doch erforderte dies eine Abkehr von der sozialdemokratischen Politik des *Attentisme*. Die Dringlichkeit der faschistischen Bedrohung legte nahe, dass die SozialdemokratInnen nicht mehr auf eine entfernte Revolution warten konnten, aber ebenso wenig waren reformistische Maßnahmen ausreichend, die den grundlegenden liberal-kapitalistischen Rahmen unangetastet ließen. Darüber hinaus musste die Arbeiterklasse mit dem Mittelstand gemeinsame Sache machen, da sie sonst vom Faschismus verführt würde. Die Idee hinter »dem Plan« war somit ein Programm struktureller und nicht re-distributiver Reformen, welches in der Lage war, die fundamentalen Ursachen der Krise anzugehen, das aber vom Umfang her eingeschränkt genug war, um eine breite ökonomische Mehrheit dafür zu gewinnen. Zu diesem Zweck schrieb »der Plan« einen schrittweisen Aufbau einer gemischten Ökonomie vor. Die Schlüsselin industrien, vor allem das Bank- und Kreditwesen, sollten verstaatlicht werden, um derart die Macht des Monopol- und Finanzkapitals zu brechen und es dem Staat zu erlauben, das ökonomische Leben zu steuern. Obgleich ein solches »Übergangssystem« – das vor allem von der sozialistischen Orthodoxie mit Argwohn betrachtet wurde – nicht zum Sozialismus führe, war de Man überzeugt davon, dass es die einzige praktikable Alternative zum faschistischen Lösungsansatz für den unaufhalt-

samen Niedergang des liberalen Kapitalismus darstellte. Wenngleich der Planismus bestimmte Affinitäten zum Faschismus aufwies, wie seine Kritiker zu beschwören nicht müde wurden, so hatte er nichtsdestotrotz eine antifaschistische Dimension. Wie G. D. H. Cole anmerkte, stellte »der Plan einen Versuch dar, den Donner, der ansonsten von den faschistischen Demagogen gebündelt wird, zum Sozialismus hin umzulenken« (Cole 1935: 11).

Die Logik des Planismus unterschied sich von der Volksfront in der Hinsicht, dass sie den antifaschistischen Kampf als einen offensiven begriff. Jedoch war sie nicht revolutionär, da sie den Aufbau einer gemischten Ökonomie als eine eingeschränkte und geordnete Angelegenheit ansah. »Der Plan« war sowohl eine Blaupause als auch ein Mobilisierungsnarrativ, der es der Linken ermöglichte, alle »Menschen guten Willens« proaktiv um ein Programm sofortiger wirtschaftlicher Transformation zu scharen und dadurch den Reiz des Faschismus zu untergraben. So gesehen war es nur ein Übergangsinstrument auf dem Weg zum Sozialismus, jedoch ein dringend benötigtes unter diesen Umständen. Das Wesentliche des Planismus als antifaschistische Strategie bestand im Endeffekt nicht einfach darin, die Wirtschaft und Demokratie zu retten, sondern die materiellen und moralischen Grundlagen für eine letztendlich sozialistische Transformation zu legen (de Man 1933).

Die Blütezeit des Planismus war von kurzer Dauer. Schon 1936 war der Enthusiasmus für den Planismus verflogen, als sich herausstellte, dass die Volksfront ein höheres Mobilisierungspotential für die antifaschistische Linke bot. Nach 1936 war die antifaschistische Theorie und Praxis überhaupt nur noch von der defensiven Logik der Volksfront dominiert und mit wenigen Ausnahmen verkümmerte das kritische Denken über den Faschismus sowohl in der Sozialdemokratie als auch im Kommunismus. Aber auch die Volksfront sollte sich als kurzlebig erweisen. Mit dem Spanischen Bürgerkrieg wurden Antifaschismus und Pazifismus, die bis dahin eng miteinander verschränkt waren, voneinander getrennt. Als in der internationalen Arena eine Krise auf die nächste folgte, konnte die Frage des Faschismus nicht länger getrennt von der Frage des Kriegs gestellt werden. Eine neue Kluft tat sich zwischen jenen auf, die im Faschismus die Unausweichlichkeit des Krieges sahen und deshalb auf kollektive Sicherheit setzten, und denen, die im Krieg zwangsläufig den Faschismus sahen und deshalb die Beschwichtigungspolitik bevorzugten. Dieser Spalt verlief orthogonal über jegliche politische Zugehörigkeit hinweg, er entzweite die Volksfront-Koalition und ordnete am Vorabend des Zweiten Weltkriegs jegliche Betrachtung des Faschismus als politisches Problem der Devise nationaler Verteidigung unter.

Polanyis Faschismustheorie

Polanyis Standpunkte zum Faschismus müssen vor dem oben beschriebenen Hintergrund verstanden werden, aber auch vor seiner geographischen Verortung (zunächst Österreich, dann Großbritannien) sowie seinem unverkennbaren politischen Profil am linken Flügel der Sozialdemokratie, stark beeinflusst vom Gilden- und christli-

chen Sozialismus, und als scharfer Kritiker des Kommunismus, mit Ausnahme dessen Volksfront-Phase.

Vor Hitlers Machtergreifung hatte Polanyi wenig zum Faschismus geschrieben – nur ein paar Reportagen für ungarische und österreichische Zeitschriften über den Protofaschismus der Horthy-Diktatur in Ungarn und frühe faschistische Aufwiegelungsversuche in Deutschland (Polanyi 2016). Aber zwischen 1933 und 1936, als die Linke sich den Kopf über ihr eigenes Versagen zerbrach, die NS-Diktatur zu verhindern, und sich mit dem im Aufstieg begriffenen Faschismus in Österreich, Spanien und anderswo konfrontiert sah, begann Polanyi seine eigenen Überlegungen dazu, was er in einem geplanten Buchprojekt als *The Fascist Transformation* (1934–1935) bezeichnete.⁹ Dieses Exposé führte nie zu einem Buch, aber die Tatsache, dass es die meisten der Kernaussagen in *The Great Transformation* vorskizziert, zeugt von der Bedeutung des Faschismus in der Entstehung des späteren Buches.

In seinen Schriften und Vorträgen zwischen 1933 und 1936 entwickelte Polanyi zwei Hauptargumentationsstränge. Einerseits sah er die Ursachen für die Krise in der Zwischenkriegszeit, die dem Faschismus zum Durchbruch verholfen habe. Ein Bruch sei zwischen der politischen und ökonomischen Sphäre der Gesellschaft entstanden, ein Bruch, der auf den Kampf zwischen den beiden zentralen Klassen, KapitalistInnen und ArbeiterInnen, übertragbar sei, worauf ein Zusammenprall zwischen dem Politischen und dem Ökonomischen (von »Wirtschaft und Gesellschaft«) gefolgt sei, bei dem sich der Faschismus als die »totalitäre Lösung« angeboten habe, der die Gesellschaft auf der Grundlage absoluter kapitalistischer Macht vereinen sollte.¹⁰ Während der Sozialismus »die Vorherrschaft der Demokratie über den Kapitalismus« sei, wie Polanyi in *The Fascist Transformation* argumentierte, sei der Faschismus die Rettung des Kapitalismus durch die Aufgabe der Demokratie.¹¹ Der Faschismus, schrieb er an anderer Stelle, »[ist] schlicht das Resultat der gegenseitigen Unvereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus in unserer Zeit« (Polanyi 1934a: 234). Wir werden darauf weiter unten zurückkommen.

Das andere Argument betraf die Natur des Faschismus. Polanyi versuchte zunächst, sein »Wesen« zu ergründen.¹² Sein Blick darauf war ursprünglich durch den Philosophen Othmar Spann geschult worden. Spann war Antisemit, NSDAP-Mitglied und der bekannteste faschistische Philosoph in Österreich, der eine wichtige Bezugsperson für rechtsextreme Wiener Intellektuelle war (Wasserman 2014: 11). »Das Wesen einer sozialen Bewegung«, so Polanyi in einem seiner idealistischen Momente, »liegt in ihrer Philosophie«, und das finde sich am deutlichsten in den Schriften

9 | Karl Polanyi Archive, Concordia University (KPA), KPA-20-8, Karl Polanyi: »Book synopsis: The Fascist Transformation«, 1934–1935.

10 | Vgl. KPA-2-21, Karl Polanyi: »Vortrag: Die Wirtschaft ist für den Faschismus«, 1933; KPA-11-1, Karl Polanyi: »Notes: The theory of fascism: The Deadlock of Politics and Economics«, 1934–1946.

11 | KPA-20-8, Karl Polanyi: »Book synopsis: The Fascist Transformation«, 1934–1935.

12 | KPA-18-7, Karl Polanyi: »Fascism and Socialism«, 1934/1940.

Othmar Spanns (Polanyi 1934b: 222).¹³ Selbige würden zeigen, dass der Faschismus vor allem eine Bewegung gegen den Individualismus sei. Der Individualismus sei der kleinste gemeinsame Nenner von Spanns GegnerInnen: »die Ideen von Demokratie, repräsentativer Regierung, Gleichheit und Freiheit« und somit des Liberalismus, Kapitalismus und Sozialismus.¹⁴ Sowohl Polanyi als auch Spann betonten, dass die liberale Demokratie die Tür zum Sozialismus öffne und Sozialismus (inklusive dem Marxismus) im Grunde genommen eine individualistische Philosophie sei (Polanyi 1979). Aber während Spann im Christentum (seiner Konfession) einen Gegensatz dazu sah, betrachtete Polanyi dieselbe Religion (ebenfalls seine Konfession) als Basis für die beste Form des Individualismus. Sie habe alle liberalen, demokratischen und sozialistischen Werte hervorgebracht. Das Wesen des Faschismus liege folglich darin, dass er sich in aggressiver und radikaler Weise dem Sozialismus, der Demokratie und dem Christentum widersetze, um ein ultra-kapitalistisches Regime zu installieren, und deshalb bedürfe es einer sozialistisch-demokratisch-christlichen Koalition, um ihn zu bekämpfen.

Im biographischen Sinne war Spanns Nähe wohl beunruhigend für Polanyi. Vom Glauben her waren beide Christen; beide waren im Krieg und wurden verletzt (und könnten sich durchaus in ihrer Heimatstadt Wien getroffen haben, wo Polanyi zur Genesung war). Beide wurden durch die Kriegserfahrungen politisch radikalisiert. Beide wurden von der Sozialtheorie der deutschen Historischen Schule mit ihrer Sorge um sozialen Zusammenhalt inspiriert, jedoch erachteten sie in der neuen fragmentierten Nachkriegswelt einen derartigen Reformismus als inadäquat. In ihrer Suche nach einer institutionellen Klammer für eine geeinte Gesellschaft nahmen beide Anleihen am Gildenwesen: Polanyi im Gildensozialismus und Spann in der mittelalterlichen Welt von Autorität und Ehrerbietung in Verteidigung einer korporatistisch-faschistischen Ordnung.

Spann stellte für die Gildensozialisten eine Herausforderung dar. Er berief sich auf die Arbeiten von Adam Müller, einem reaktionären romantischen Ökonomen, der gegen den ökonomischen Individualismus wetterte und für eine Rückkehr zu einer mittelalterlichen Ordnung plädierte. Er schlug vor, die Gilden wiederzubeleben und als zentrale Säule im österreichischen »Ständestaat« institutionell zu verankern. In Italien hingegen verschwammen zunehmend die Grenzen zwischen Faschismus und Gildensozialismus – wohlgemerkt durch Polanyis eigenen Cousin Ödön Pór. In seinem Buch *Guilds and Co-operatives in Italy* lobte dieser Mussolini für seine Beschäftigungspolitik und das Buch beinhaltet einen Anhang von Großbritanniens führendem Gildensozialisten (und engem Freund und Wegbegleiter Polanyis) G. D. H. Cole.¹⁵ Pór rechtfertigte seine Hinwendung zum Despotismus mit in der Linken vertrauten Ter-

13 | Obwohl Polanyi freimütig vom »Wesen« des Faschismus spricht, mag dies durchaus auch etwas ironisch gemeint sein, da in Spanns Schriften (z. B. *Der wahre Staat*) die Vorstellung zentral ist, dass jede Gesellschaft (oder Nation) ein unveränderliches »Wesen« aufweise.

14 | KPA-18-7, Karl Polanyi: »Fascism and Socialism«, 1934/1940.

15 | Zu Coles anfänglicher Sympathie mit Mussolinis korporatistischen Staat siehe Foote 1997: 123.

mini: Mussolinis Bewegung sei ein »revolutionäres« Projekt, das eine »funktionale Demokratie« errichten und die Gesellschaft einen wolle. Italien werde mittels einer Revolution zu einer korporatistischen Einheit umgebaut. Dabei würden faschistische Gewerkschaften, die ihre Inspiration von Italiens mittelalterlichen Gilden und Stadtrepubliken bezogen, eine besondere Rolle spielen (Pór 1923a: 159–160, 221). Auch in Frankreich entwickelte sich rund um den neosozialistischen *L'Homme nouveau* und politische Initiativen wie *Plan du 9 juillet* in den 1930er-Jahren eine kurze Konvergenz zwischen linkem und rechtem Korporatismus (Desan 2016: 181–195).

Als Polanyi begann, über den Faschismus zu schreiben, versuchte er vor diesem Hintergrund eine klare Trennlinie zwischen faschistischen und sozialistischen Gildekonzepten zu ziehen. Das Gildenwesen, so schrieb er, sei zur »Parole zweier entgegengesetzter Gruppen geworden: jener, die es als Ausdruck individueller Freiheit ansehen, und jener, die es zum Inbegriff eines sozialen Ideals stilisieren, was aber die exakte Negierung der individuellen Freiheit bedeutet«.¹⁶ Seinen Essay *Spanns faschistische Utopie* begann er folgendermaßen: »Vergleichen Sie den Entwurf einer gildensozialistischen Verfassung mit der tatsächlichen Konstitution eines faschistischen Staates, z. B. Österreich, und Sie werden eine verblüffende Ähnlichkeit zwischen den beiden vorfinden« (Polanyi 1934c: 227). Sowohl in der sozialistischen Blaupause als auch der faschistischen Verfassung traten an die Stelle einer oder zweier politischer Kammern verschiedene Körperschaften, welche die unterschiedlichen Bereiche des öffentlichen Lebens verwalteten. Die Gefahr dieser funktionalen Idee sei, dass sie »die Unterschiede zwischen Demokratie und Sozialismus einerseits und zwischen Kapitalismus und Faschismus andererseits [verdeckt]« (ebd.). (Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass Polanyi Demokratie mit Sozialismus und Kapitalismus mit Faschismus zusammendachte.)

In einer Reihe von Essays Mitte der 1930er-Jahre entwarf Polanyi eine Kritik an Spann, die umsichtig zwischen linken und rechten Modellen der sozialen Einheit (oder »Totalität«), »Funktion« und Gildenorganisation unterschied. In einem abstrakten, akademischen Sinn habe Spann recht, dass eine »funktionale und korporative Organisation der Gesellschaft« ihrer »wesentlichen Natur« angemessener sei als der chaotische, atomistische, zentrifugale *Laissez-faire*-Kapitalismus. Aber sein Konzept der Totalität gehe weit über diese vernünftige und wissenschaftliche Definition des organischen Charakters der Gesellschaft hinaus und »sein romantisches Faible führt ihn ins Mittelalter« zu einer Gesellschaftsordnung, welche an die Stelle der Gleichheit die Hierarchie setze und in der Freiheit streng definiert sei als ein Handeln entlang vorherbestimmter Regeln (Polanyi 1934b: 226). Spanns Anwendung seiner funktionalen Theorie auf die Gesellschaft, in der die Macht in wirtschaftlichen und politischen »Kammern« angesiedelt ist, bot anscheinend eine institutionelle Alternative zum Kapitalismus, doch Polanyi argumentierte, dass dies genau nicht der Fall sei. In einer sozialistischen Gesellschaft würde die »politische Kammer« als Verkörperung der »Idee der gemeinsamen menschlichen Gleichheit und Gerechtigkeit« Vorrang

16 | KPA-9-2, Karl Polanyi: »Labour Movement's post-War failure«, 1934–1946.

haben. Unter ihrer Macht würde das Privateigentum dazu tendieren, »sich in ›sozialistisches‹, d. h. öffentliches Eigentum, zu verwandeln« (Polanyi 1934c: 229). »Aber bei Spann ist es, wie wir zeigen werden, ausdrücklich die wirtschaftliche und nicht die politische Kammer, die dominiert. Und dies entscheidet die Angelegenheit, ob es Spann gefällt oder nicht, zugunsten des Kapitalismus« (ebd.: 230). Tatsächlich herrsche in Spanns »funktional organisiertem« Faschismus das Privateigentum »noch ausgesprochener und gründlicher« als im liberalen Kapitalismus. Dies könne man deutlich am Beispiel des korporatistischen Österreich von 1934 sehen. Während ein wahrlich funktionaler Staat die politische Sphäre demokratisch emporhebe und dem »einfachen Mann« mehr Mitbestimmung einräume, sei es in Österreich die Wirtschaftselite, die aufgewertet worden sei. Es sei »die Abschaffung der Demokratie unter der funktionalen Maske« (Polanyi 1934d: 212).

Damit war Polanyi beim Wesen des Faschismus angelangt. Es lag nicht an Spanns Utopie, sondern vielmehr darin, was er zu verschleiern suchte: die Errichtung eines ultra-kapitalistischen Regimes, das darauf abzielte, die ArbeiterInnen auf Waren produzierende Automaten zu reduzieren, und dazu war deren Ausschluss von der politischen Sphäre eine Grundvoraussetzung (Özel 1997: 78). Als Regime bedeute der Faschismus die Rettung des Kapitalismus »unter der Ägide der kapitalistischen Klasse« mit pseudorevolutionären Mitteln, inklusive der Einführung einer Planwirtschaft. Als Bewegung werde er »von jenen Klassen getragen, die den Arbeitern am meisten entgegenstehen« (Polanyi 1933). Die ArbeiterInnen seien zumindest empfänglich für die »emotionale Epidemie« des Faschismus und die Intelligenzija sei ihr Nährboden, was uns in Erinnerung rufen sollte, dass Bildung »nicht vor sozialem Aberglauben schützt«.¹⁷ Das Geheimnis des Siegeszuges des Faschismus sei jedoch nicht seine numerische Überlegenheit, sondern einerseits die stillschweigende Unterstützung, die er von den KapitalistInnen, der Justiz, der Armee und Polizei erhalte und andererseits die Schwächung der Arbeiterbewegung.¹⁸ Aber warum sollte er so rasch zum Sieg kommen? Polanyi unterstrich weder die Unterstützung des Faschismus durch KapitalistInnen und andere Eliten noch die Strategie der Arbeiterbewegung, sondern die zugrundeliegende politisch-ökonomische Krise, die sich im späten 19. Jahrhundert manifestiert hätte, bevor sie 1914 auf die Welt losgelassen worden sei. Wenn diese Megakrise einen einzigen Ursprung hatte, dann sei es der unbeugsame »Angriff des Kapitalismus auf alle Formen der Volksregierung« (Polanyi 1941: 278). So gesehen sei der Faschismus nicht mehr als der jüngste und virulenteste Ausbruch »des antidemokratischen Virus«, der dem industriellen Kapitalismus von Anfang an eingeschrieben gewesen sei (ebd.).

Ende der 1930er-Jahre präzisierte Polanyi diese These in seinem Essay *Der Faschistische Virus*. Basierend auf Material zu Großbritannien untersuchte er die Ängste der Eliten des 19. Jahrhunderts, dass das Wahlrecht für die ArbeiterInnen das Ende

17 | KPA-20-4, Karl Polanyi: »Book plan: Common Man's Masterplan«, 1939–1940.

18 | Vgl. KPA-20-8, Karl Polanyi: »Book synopsis: The Fascist Transformation«, 1934–1935; KPA-20-4, Karl Polanyi: »On the Philosophy and Economics of Fascism«, 1936.

des Kapitalismus bedeuten würde. »Nur wenn die Armen ihr Los geduldig ertragen würden« (Polanyi 1941: 285), argumentierten sie mit Bezugnahme auf die ökonomischen »Gesetze« von Thomas Malthus und David Ricardo,

»wären sie vor dem Hunger sicher. Nur wenn sie sich mit ihrer Misere abfänden, könnten sie überhaupt überleben. Deshalb müssen sie von den Hebeln der Regierung ferngehalten werden, die sie anderenfalls benutzen würden, um das Eigentumssystem zu zerstören, von der die Gemeinschaft – sie selbst eingeschlossen – abhängt.« (Ebd.: 285–286)

Das Axiom, dass Demokratie und Kapitalismus miteinander unvereinbar seien, wurde auf unterschiedliche Art von Konservativen (Edmund Burke, Robert Peel), Liberalen (Thomas Babington Macaulay) und Sozialisten (Robert Owen) verteidigt. Peel lehnte die Forderung der Chartisten nach einem allgemeinen Wahlrecht auf der Grundlage ab, dass »es die Verfassung aushebeln würde«. Lord Macaulay, der Historiker der römischen Antike und Parlamentsabgeordnete, warnte davor, dass »vollkommen demokratische Institutionen früher oder später die Freiheit oder die Zivilisation zerstören [werden], oder sogar beide« (Polanyi 1941: 287). Die Bedrohung war nur allzu offensichtlich in den USA, »wo die Mehrheit die Regierung bildet und die Reichen, die immer eine Minderheit darstellen, ihr bedingungslos ausgeliefert sind«. Diese unglückselige Nation, so Macaulay 1857, habe sich auf eine Abwärtsspirale begeben, die letztendlich zur Zerstörung der Freiheit oder der Zivilisation führen werde. »Entweder ein Cäsar oder Napoleon werde die Zügel der Regierung in seine gestrengen Hände nehmen«, so wettete er, oder die USA »werden im 20. Jahrhundert von den Barbaren so furchtbar geplündert und in Schutt und Asche gelegt, wie es dem Römischen Reich im 5. Jahrhundert widerfahren war« (ebd.: 287).

Für Polanyi nahmen Macaulays Worte den Faschismus vorweg. Wenn die verheerenden Auswirkungen des Marktsystems die ArbeiterInnen dazu zwingen, sich zu verteidigen, indem sie auf die Demokratisierung der Politik und Arbeitswelt drängen, »kann die Zivilisation in einem Land mit universalem Wahlrecht langfristig nur mittels einer Diktatur gerettet werden. In modernen Worten: Der Faschismus allein kann den Kapitalismus retten« (ebd.). Zur selben Zeit, als Macaulay seine Sorgen um moderne Hunnen und Vandalen zum Ausdruck brachte, gab es auch düstere Vorboten des Faschismus in der Literatur: Fjodor Dostojewski behauptete, dass die Forderung des Volkes nach einer »unmöglichen Freiheit« durch einen geistigen Despotismus in eine permanente Unreife, die von der Masse vergnüglich akzeptiert werde, umgelenkt werden könne. Spätere Beispiele umfassten H. G. Wells' invertierte Utopien, die von einem Gespenst der Arbeiterbevölkerung, die auf ein unmenschliches Niveau heruntergekommen war, verfolgt wurden, und Jack Londons schreckliche Visionen von Leuten, die unter den eisernen Stiefeln des Big Business zerschmettert wurden (ebd.: 282). Ihre Vorahnungen beruhten auf einem stichhaltigen Spürsinn: Die kapitalistischen Eliten hätten kaum eine andere Wahl, als extreme Maßnahmen gegen die demokratischen Aspirationen der aufbegehrenden Arbeiterklasse zu ergreifen. Trotz dieser Vorboten, so Polanyi weiter, konnten Liberale zu Zeiten Dostojewskis und

Londons unbekümmert vortäuschen, dass das allgemeine Stimmrecht gut mit einer florierenden Marktwirtschaft harmoniere. Sie konnten darauf verweisen, dass einige Länder das Stimmrecht ohne großes Aufsehen ausgeweitet hatten. War dies nicht Beweis genug, dass die alte Feindschaft des Kapitalismus gegenüber der Volksherrschaft am Abklingen war? Nein, so Polanyi, denn man habe sich aufgrund einer Reihe vergänglicher Faktoren wie der enormen Expansion der Märkte und dem »falschen Eindruck, der durch die prosperierende amerikanische Szenerie erweckt wurde«, in falscher Sicherheit gewähnt (ebd.: 281). Nach dem Krieg seien all diese Illusionen als Resultat einer doppelten Transformation zerstreut worden: weg von einem taumelnden *Laissez-faire*-Kapitalismus hin zu einer organisierten und regulierten Form, der es der politischen Macht ermögliche, unmittelbar und effektiv die Wirtschaft zu lenken, sowie einer Ausweitung des Wahlrechts.

Das Zugeständnis des allgemeinen Stimmrechts – das war für jedermann ersichtlich – würde dazu führen, dass die Arbeiterklasse »entscheidenden Einfluss auf den Staat ausübe«. Aber dies wiederum würde die Märkte in Panik versetzen und es entstehe »die unmittelbare Gefahr des vollständigen Zusammenbruchs des produktiven Apparats«, wenn die Parlamente den Marktkapitalismus »schwächen, diskreditieren und desorganisieren«, indem sie in den selbstregulierenden Mechanismus eingreifen (Polanyi 1934a: 235). Die Demokratie sei folglich dysfunktional geworden. Sie drücke die Profitabilität des Wirtschaftssystems, das kurz vor dem vollkommenen Stillstand stehe (ebd.). Während die ArbeiterInnen ihr Wahlrecht dazu einsetzen, um ihre Interessen zu schützen, wären die ökonomischen Eliten bestrebt, den Einfluss der Arbeiterklasse zurückzudrängen, indem sie die Demokratie unterwanderten und linken Regierungen ihren Willen aufzwangen, oder, wenn dies nicht funktionierte, die Demokratie gewaltsam niederschlugen. Die »faschistische Ära« habe die »totale Krise der marktbasierter Industriegesellschaft« eingeläutet, in der der Faschismus als die letzte Entscheidungsmöglichkeit von den kampfbereiten kapitalistischen Eliten angesehen werde (oder, wie Polanyi später festhalten sollte, als »Reaktion der Mittelschicht« auf die Arbeiterrevolten in Russland und anderswo) (Polanyi 1941).¹⁹ Kurz gefasst: Der Faschismus war das pathologische Symptom der Tatsache, die Hitler in seiner Düsseldorfer Rede 1932 vor westdeutschen Industriellen festhielt, dass die wirtschaftliche Gleichheit mit der politischen unvereinbar sei (vgl. Polanyi 1933). Demokratie und Kapitalismus, in Polanyis Reformulierung dieses Verhältnisses, haben »einen Stillstand erreicht, denn sie sind zu Instrumenten zweier unterschiedlicher Klassen mit entgegengesetzten Interessen geworden« und »nebenbei erklärt dies die verheerende Vehemenz der sozialen Umwälzungen in unserer Zeit« (Polanyi 1934a: 244).

Es gäbe nur zwei Auswege aus diesem Stillstand. Die zugrundeliegende Ursache sei die liberale Utopie sich selbstregulierender Märkte. Sie habe eine nicht aufrecht erhaltbare Beschleunigung der Veränderung und die »Entbettung« der Wirtschaft aus dem sozialen Gefüge verursacht, und diese beiden zusammen würden einen zi-

19 | KPA-51-5, Karl Polanyi: »Annotations to a letter from Paul Medow«, 1961.

vilisatorischen Kollaps hervorrufen.²⁰ Das Problem könne nur gelöst werden, wenn die Gesellschaft wieder vereint und die Spaltung zwischen Politik und Wirtschaft aufgehoben würde. Der Faschismus stelle eine Wiedervereinigung der Gesellschaft auf inegalitärer und undemokratischer Grundlage dar. Sozialismus bedeute eine Zusammenführung auf der Grundlage der Ideale von Gleichheit und der Ausweitung demokratischer Prinzipien auf die gesamte Gesellschaft. Eine moderne Industriegesellschaft, so Polanyi, könne langfristig entweder faschistisch oder demokratisch und sozialistisch sein.

Polanyis Faschismustheorie im Kontext

Polanyis Arbeiten zum Faschismus wurden nicht im luftleeren Raum, sondern als Antwort auf die sozialdemokratischen und kommunistischen Debatten seiner Zeit entwickelt, im Kontext einer Weltwirtschaftskrise und einer weitverbreiteten Infra-gestellung der Zukunft des Kapitalismus. Aber wie unterschied sich seine Diagnose des Faschismus und dessen Verhältnis zum Kapitalismus von jenen der revolutionären Linken, der Volksfront, den Vertretern eines Planismus usw.?

Beginnen wir mit Trotzki. Ebenso wie Polanyi sah er im Faschismus einen Ausfluss des Kapitalismus. Beide erkannten, dass der Erste Weltkrieg eine neue Ära eingeläutet hatte, die von drastischen geopolitischen und sozialen Spannungen gekennzeichnet war. Beide sahen diese neue Ära als eine systemische Krise, in der die sozialen Spannungen zunehmend entflammt, und beide sagten voraus, dass sie vom Todeskampf des Kapitalismus gekennzeichnet sein werde – obgleich Polanyi das Hauptaugenmerk auf den Untergang der liberalen Marktwirtschaft legte, eine These, die er in *The Great Transformation* entwickelte. Im Gegensatz dazu betonte Trotzki vielmehr, dass der Faschismus eine *Bewegung* sei, die vor allem auf einer bestimmten sozialen Schicht beruhe: der *petit bourgeoisie*. Auch methodologisch sind die Unterschiede markant. Trotzki versuchte den Faschismus als ein »lebendes politisches Phänomen [...], ein dialektisches und sich wandelndes Phänomen« zu begreifen und lehnte jene Ansätze ab, die sein »Wesen« zu identifizieren suchten (Renton 1999: 74).

Wie steht es um den Planismus? Während Cole sich einfach nur vom Planismus angezogen fühlte und die englische Übersetzung von de Mans Schriften zum Planismus einleitete (auf eine Art und Weise, wie Fleming²¹ aufgezeigt hat, die Teilen der *The Great Transformation* ähneln), so gibt es wenig Hinweise auf Polanyis eigene Haltung dazu. Das mutet vielleicht etwas überraschend an. De Man schrieb auf Deutsch (Polanyis Muttersprache) und es gibt eindeutige Affinitäten zwischen den

²⁰ | KPA-15-4, Karl Polanyi: »Lecture XXIV: Contemporary Problems and Social and Political Theory«, University of London, 1936–1940.

²¹ | Vgl. Berkeley Fleming (2001): »Three Years in Vermont: The Writings of Karl Polanyi's *The Great Transformation*«, Vortrag bei der Eighth International Karl Polanyi Conference, Mexico City.

beiden Denkern. Sowohl Polanyi als auch de Man betonten die christlichen Grundlagen des Sozialismus, beide waren vom Gildensozialismus und Austromarxismus beeinflusst, beide konzentrierten sich eher auf den allgemeinen sozialen Willen als auf den des Proletariats und beide sahen eine Theorie des Faschismus als unerlässlich für eine wirkungsvolle sozialistische Strategie an. Wie de Man und die Planisten war Polanyi der Überzeugung, dass die Krise des liberalen Kapitalismus eine abschließende Entscheidung zwischen Sozialismus und Faschismus auferlegt habe. Außerdem stand seine Konzeption des Sozialismus, die weniger auf Eigentumsverhältnisse und mehr auf die politische und soziale Reintegration der Wirtschaft fokussierte, den Ideen von de Man und den Planisten nahe. Polanyi hätte wahrscheinlich auch mit der Idee der Planisten einer Planwirtschaft als drittem Weg (zwischen Kommunismus und Faschismus) als Ausweg aus der kapitalistischen Krise sympathisiert. Beide waren auch bemüht, zwischen dem sozialistischen und faschistischen Korporatismus zu unterscheiden, wenngleich de Mans eher technokratische Vorstellung eines »Neuen Wirtschaftsstaates« ambivalenter war als Polanyis Verständnis von sozialistischem Korporatismus. Denn Polanyi sah in diesem, im Gegensatz zum faschistischen Korporatismus, eine Form der Gesellschafts- und Wirtschaftsintegration, in der die politische Ebene die Wirtschaft dominierte (de Man 1935).

Die Blütezeit des Planismus war zwischen 1934 und 1935 und von Seiten der sozialdemokratischen Linken wurde er 1936 von der Volksfront als Mobilisierungsnarrativ abgelöst. Es finden sich etwas mehr Hinweise zu Polanyis Sicht auf die Volksfront als auf den Planismus. Wir können mit Fug und Recht behaupten, dass er sie zumindest eingeschränkt unterstützte, da er die Strategie der »republikanischen Verteidigung« in dem Sinne guthieß, als dass er in der liberalen Demokratie eine Station auf dem Weg zum Sozialismus sah. In den 1930er-Jahren verteidigte er die Rolle der Sowjetunion. Er sah in ihr die Arbeit an einem »Zusammenschluss der demokratischen Kräfte« (um Coles Paraphrasierung Polanyis zu borgen), eine »internationale demokratische Front«, die Moskau mit den, wie Polanyi sie nannte, »großen demokratischen Mächten« vereinen würde – Großbritannien und andere liberal-kapitalistische Staaten als Opposition zum »kriegstreiberischen und aggressiven« faschistischen Lager (Cole, zitiert nach: Polanyi 1937: 11). Gemeinsam mit anderen Radikalen der Labour Party wie Cole und Harold Laski erwärmte er sich für die Kommunistische Partei. Obgleich nie Mitglied oder Sympathisant, plädierte er für die Einheit der antifaschistischen Aktion von ChristInnen und Linken aller Schattierungen und würdigte die Kommunistische Partei als wichtige Partnerin in diesem Kampf.

Wenn Polanyis Affinität zum Planismus wohl als beschränkt und spekulativ angesehen werden muss und seine Unterstützung der Volksfront bedingt und strategisch war, wie kann man dann seine Position zum Faschismus anschaulicher identifizieren? Ein sinnvoller Einstieg ist sein Essay *The Christian and the World Economic Crisis*. Darin postuliert er zwei transhistorische Tendenzen, welche die neuere Geschichte durchziehen und definieren würden: die eine in Richtung Freiheit, die andere in Richtung soziale Einheit. Ihr gemeinsames Ziel liege in der Ausweitung der Demokratie auf die Wirtschaft, was jedoch durch den »Klassencharakter der kapitalistischen Ge-

sellschaft verhindert wurde«.²² In den 1910er- und frühen 1920er-Jahren lag Polanyis Hauptaugenmerk, gemeinsam mit dem Mainstream der Sozialdemokratie, auf der positiven Rolle: Die historische Entwicklung steuere die Menschheit zum Sozialismus. Dies sei keineswegs eine einfache oder friedliche Entwicklung. Krieg, der weiße Terror in Ungarn und der italienische Faschismus hätten uns das in Erinnerung gerufen. Dennoch war die historische Stoßrichtung klar: demokratischer Sozialismus. So hielt er 1922 in einem Essay fest:

»Der historische Fortschritt, der von wahren Idealen getrieben wird, kann nicht für längere Zeit von seiner Bahn abgebracht werden [...]. Die Idee der Demokratie wird mit verstärkter Kraft in den Köpfen der Massen neu geboren, und keine Macht der Welt kann ihren Siegeszug aufhalten.« (Polanyi 2016: 150)

Dieser Siegeszug war Polanyis Auffassung nach nirgendwo sichtbarer als in Österreich, oder zumindest in Wien. Dort waren die SozialdemokratInnen unter der Führung von Otto Bauer an die Macht gekommen. Nach Bauer wies das Österreich der frühen 1920er-Jahre ein Gleichgewicht der Klassenmacht auf: Die Bourgeoisie besaß die Produktionsmittel, während die ArbeiterInnen in beträchtlichem Ausmaß die politische Macht ergriffen hatten. Dies habe zu einer Mischung aus bürgerlicher und proletarischer Macht geführt, aus politischer und »funktionaler« Demokratie. »Die kämpfenden Klassen halten einander das Gleichgewicht«, schlussfolgerte Bauer, und diese Einsicht erfordere einen Kompromiss (Bauer 1978: 166–167). In den 1930er-Jahren erweiterte Bauer seine »Gleichgewichtsthese« zu einer Erklärung des Faschismus: Sein Aufstieg sei Resultat einer sich durch die Demokratisierung ergebenden Pattsituation zwischen den Klassenkräften. ArbeiterInnen würden das Stimmrecht nutzen, um Zugeständnisse zu fordern, KapitalistInnen auf die daraus resultierenden niedrigeren Gewinnspannen mit der Unterstützung des Faschismus antworten.

Polanyi entwickelte seine Sichtweise zeitgleich mit und teilweise inspiriert von Bauer. Der Kapitalismus, so Polanyi, habe eine »Gegenbewegung« hervorgerufen, die »der öffentlichen Forderung nach politischer Einflussnahme der Massen Vorschub leistete«, aber »der Einsatz dieser Macht war weitgehend durch den Charakter des Marktmechanismus eingeschränkt«²³. Das Ergebnis seien sozialer Stillstand und »zerstörerische Spannungen«. Die ArbeiterInnen, mit Gewerkschaftsmacht und politischer Repräsentation im Rücken, würden sich gegen die negativen Auswirkungen des Marktsystems verteidigen, indem sie Parteien ins Parlament wählten, die »andauernd in die Funktion des Marktmechanismus eingriffen« (Polanyi 1934a).²⁴ Dies hindere, so Polanyi im Einklang mit der orthodoxen Österreichischen Schule der Nationalökonomie, die Marktkräfte daran, reibungslos zu wirken, und deren Nutznie-

22 | KPA-8-7, Karl Polanyi: »The Christian and the World Economic Crisis«, 1934–1946.

23 | KPA-19-17: Karl Polanyi: »The Eclipse of Panic and the Outlook for Socialism«, o. D.

24 | KPA-31-10, Karl Polanyi: »Five Lectures on the Present Age of Transformation: The Trend towards an Integrated Society«, Columbia University, New York, 1947/1957.

ßer, allen voran die Wirtschaftskapitäne, würden nichts unversucht lassen, entweder die Demokratie ihren Interessen zu unterwerfen oder sie vollkommen abzuschaffen.

Anhand dieses Arguments ist ersichtlich, dass Polanyis Blick von den politischen Ereignissen seiner Zeit geschult war und er durch eine sozialdemokratische Linse blickte. In aller Kürze: Die kapitalistische Entwicklung erweiterte die Arbeitermassen, deren Instinkte seien sozialistisch und deshalb führe der Kapitalismus über die Demokratie zum Sozialismus. Der Mechanismus, der »die Arbeiterklasse an der Macht hielt, war das allgemeine Stimmrecht und die repräsentative Regierung. Kurz gefasst, es war die Demokratie« (Polanyi 1937: 55). Dies stelle für die kapitalistischen Eliten eine Herausforderung dar, denn jegliche Anstrengung, das Vorkriegssystem wieder einzuführen, werde von den ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen durchkreuzt und deren Klagen und Forderungen würden durch deren institutionalisierte politische Stimme gestärkt. Überall dort, wo die ökonomischen Eliten sich von der Demokratie bedroht fühlen würden, würden sie auf deren vollständige Beseitigung drängen – ein Trend, der seinen Höhepunkt in der Machtergreifung faschistischer Regierungen finde.

Polanyi schlussfolgerte, dass die Demokratie keine *Wahlverwandtschaft* mit dem Kapitalismus aufweise, wie manche unterstellten. Vielmehr seien die beiden Systeme, zumindest unter den damaligen Umständen, unversöhnbar antagonistisch. Deren Unvereinbarkeit hätte notwendigerweise zu einem Stillstand geführt, der sich in der Katastrophe der Zwischenkriegszeit manifestiere. Als der Kapitalismus in seine krisenhafte Phase nach dem Krieg eintrat, forderten die durch das Stimmrecht gestärkten ArbeiterInnen, Bäuerinnen und Bauern, dass die parlamentarischen Parteien sie vor den schlimmsten Auswirkungen schützen. Dies verhindere die Markträumung, was wiederum die Krise verstärke. An diesem Punkt wurde eine klare Alternative formuliert: Die Gesellschaft würde entweder durch die politische Macht in der Form des Sozialismus in die Hegemonie der Arbeiterklasse integriert, oder unter Führung der besitzenden Klasse in Form eines wieder erstarkten Kapitalismus mit faschistischer Hilfe von allen demokratischen Elementen gesäubert. Langfristig gesehen, so Polanyi in *Europe To-day*, sei eine moderne industrielle Gesellschaft,

»entweder demokatisch oder faschistisch. Sie stützt sich entweder auf das Ideal der allgemeinen menschlichen Gleichheit und Verantwortung oder auf dessen Negation. Aber die Demokratie kann unter den gegenwärtigen Umständen nicht aufrechterhalten werden, wenn nicht die Grundsätze der Demokratie auf die gesamte Gesellschaft inklusive der Wirtschaft ausgeweitet werden. Das wird gemeinhin Sozialismus genannt.« (Ebd.: 56)

Polanyi war nicht nur Zielscheibe und Opfer des Faschismus. Er war auch Sozialist und in der Mitte der 1930er-Jahre antifaschistischer Aktivist. Er wurde von der Selbsterflexion der internationalistischen Linken, dem Aufstieg des Faschismus wirkungsvoll etwas entgegenzusetzen, eingeholt. Grob gesprochen gehörte er zur sozialdemokratischen Bewegung. Bis 1932 tendierte sie dazu, den Faschismus herunterzuspielen und in ihm eine Abweichung vom generellen historischen Trend in Richtung Sozialismus

zu sehen. Manche hielten auch über die 1930er-Jahre hinweg daran fest. Aber viele waren gewarnt und erkannten, dass man dem Faschismus effektiver begegnen und ihn theoretisieren müsse. Das war auch Polanyis Auffassung. Er sah im Faschismus eine ungeheuerliche Bedrohung. In den 1930er-Jahren hielt er sogar fest, dass er der Kern von allen »sozialen Kriegen und Bürgerkriegen unserer Zeit ist« (ebd.: 54).

Inwieweit trug Polanyi zum generellen Kanon sozialdemokratischer Faschismustheorien bei? Seine erste größere Abhandlung, *Das Wesen des Faschismus* (1936), erhielt wenig Aufmerksamkeit. Der Versuch, die philosophische »Essenz« des Faschismus herauszudestillieren, war unangebracht und sein Fokus auf Spann erscheint provinziell, um nicht zu sagen idiosynkratisch. Seine These, dass der Hauptgegner des europäischen Faschismus Europas *dominierende Religion*, das Christentum, sei, ohne dabei die Verteufelung des Faschismus von AnhängerInnen von Minderheitsreligionen zu erwähnen, ist milde gesagt wenig hilfreich. Seine These, dass der Faschismus den Vorrang der Ökonomie gegenüber der Politik darstelle, bewegt sich peinlich nahe an einer kruden instrumentalistischen Analyse des Faschismus, die ihn hauptsächlich durch ökonomische Imperative getrieben sah.²⁵ Seinem Instrumentalismus geschuldet, tendierte Polanyi dazu, die Rolle faschistischer Bewegungen zu unterschätzen. Sein Ansatz war also an einer Reihe von AustromarxistInnen ausgerichtet, die der Überzeugung waren, dass der Faschismus »sich nur über die Instrumente der Staatsmacht etablieren kann« (Botz 1976: 135). Eine faschistische Bewegung, so Polanyi mit Bezug auf Österreich, »ist nicht wirklich essentiell für den Sieg des Faschismus. Genauer gesagt: der Faschismus kann auch ohne bedeutende faschistische Bewegung siegreich sein«.²⁶ »Der Faschismus ist lediglich der letzte und ansteckendste Ausbruch des anti-demokratischen Virus, der von Beginn an dem industriellen Kapitalismus inhärent war« (Polanyi 1941: 278). Und in *The Great Transformation* spielte er die faschistische Bewegung herunter (ähnlich wie die Kommunistische Partei zu dieser Zeit), indem er sie als von Kapital und Staat gesteuert auswies:

»Ein Land, das sich der faschistischen Phase näherte, zeigte Symptome, zu denen die Existenz einer echten faschistischen Bewegung nicht unbedingt gehören musste. Zumindest ebenso bedeutsam war die Verbreitung irrationalistischer Philosophien, rassistischer Ästhetiken, antikapitalistischer Demagogie, ausgefallener Auffassungen über Währungsprobleme, Kritik am Parteiensystem, weitgehende Verunglimpfung des ‚Systems‘ oder welche Bezeichnung auch immer der bestehenden demokratischen Ordnung gegeben wurde. [...] In keinem dieser Fälle wurde eine Revolution gegen die verfassungsmäßige Macht durchgeführt. Die faschistische Taktik bestand stets in einer Scheinrebellion mit

25 | Die landläufigere Behauptung ist die umgekehrte. Im Fall von Deutschland, wie Tim Mason feststellt, verdeutlicht der Faschismus »das Pramat der Politik«. Ideologische Ziele formten sehr offensichtlich das ökonomische System und die ökonomischen Eliten hatten weniger Einfluss auf den politischen Prozess als in vorherigen und nachfolgenden Regierungsformen (Sedgwick 1970). Zum Faschismus und dem Pramat der Politik siehe auch Davidson 2015.

26 | KPA-20-4, Karl Polanyi: »On the Philosophy and Economics of Fascism«, 1936.

stillschweigender Billigung der Staatsmacht, die vorgab, von der Gewalt überwältigt worden zu sein.« (Polanyi 1978: 315–316)

Aber Polanyis Theoriegebäude umfasst mehr als das. In *The Great Transformation* ging er eingehend der Frage nach dem Verhältnis von Faschismus und Kapitalismus nach. Der Kontext war das Überdenken dieses Verhältnisses durch die Linke nach der Machtergreifung Hitlers. In den 1920er- und 1930er-Jahren wurden die fundiertesten Theorien zum Faschismus von Marxisten vorgebracht (Gramsci, Trotzki, Thalheimer). Für sie war der Kapitalismus Kontext und Ursache des Faschismus. In den 1930er-Jahren wurde dieses Verhältnis sogar noch eindeutiger: Der Kapitalismus schien zusammenzubrechen und der Faschismus war im Aufstieg begriffen. Aber es reichte nicht einfach zu behaupten, dass »der Kapitalismus den Faschismus hervorbringt«. Was waren die Vermittlungsinstanzen? Für Gramsci und Trotzki, und man könnte auch de Man hinzufügen, war der Faschismus ein politisch überdeterminiertes Phänomen. Was die Besonderheit des Faschismus ausmache, sei sein Charakter als Massenbewegung des unzufriedenen Kleinbürgertums, über die die SozialistInnen keine hegemoniale Herrschaft auszuüben vermochten. In Polanyis Schriften sind einige Überlegungen oberflächlich, vor allem die instrumentalistische Sichtweise, das Kapital ziehe die faschistischen Strippen. Aber seine historisch-analytische Darstellung des Faschismus als Resultat »zerstörerischer Spannungen« (verursacht durch den Zusammenprall von Marktdynamiken und sozialen Bedürfnissen im ausgehenden 19. Jahrhundert) und des »Konflikts zwischen Kapitalismus und Demokratie« stellte einen stichhaltigen und originellen Ansatz dar. Auf gewisse Art und Weise versuchte *The Great Transformation* aufzuzeigen, dass die Institutionalisierung dessen, was wir heute als Neoliberalismus bezeichnen, zum Zusammenbruch der liberalen Zivilisation Mitte des 20. Jahrhunderts geführt habe: Weltwirtschaftskrise, Krieg und Faschismus. Aber warum Faschismus? Er stelle den letzten Ausweg der angezählten kapitalistischen Eliten dar, als sie sich mit Arbeiterrevolten und mehreren aufeinander folgenden Krisen, die in der Weltwirtschaftskrise kulminierten, konfrontiert sahen. Und worin bestand die Weltwirtschaftskrise? Sie sei das Ergebnis einer Matrix »zerstörerischer Spannungen« – Polanyis Bezeichnung für jene Spannungen und Ungleichgewichte, die im frühen 20. Jahrhundert vor allem als Folge der sozialen Auswirkungen des Goldstandards aufgetreten waren. Und was war der Goldstandard? Er sei die globale institutionelle Verkörperung der freien Marktwirtschaft. Daher Polanyis berüchtigte Aussage: »Wenn wir den deutschen Faschismus verstehen wollen, müssen wir uns dem England Ricardos zuwenden« (Polanyi 1978: 55).

Schlussfolgerung

Wir haben argumentiert, dass Polanyi ein bedeutsamer Theoretiker des Faschismus ist. Dies zeigte sich insbesondere in *The Great Transformation*. Das Buch versuchte, die Ursprünge des Faschismus im Aufstieg der liberalen Marktwirtschaft in Groß-

britannien und den »zerstörerischen Spannungen«, zu denen sie führte, aufzuspüren. Wir haben an anderer Stelle die Vorzüge und Schwächen dieser Argumentation diskutiert und wollen sie hier nicht wiederholen (vgl. Dale 2008; 2010; 2016a; 2016b). Aber dieser Aspekt von Polanyis Hauptwerk, dass es eben den Aufstieg des Faschismus zu ergründen suchte, ist grundsätzlich unterbewertet. *The Great Transformation* wird oftmals ohne Erwägung ihres biographischen und historischen Kontexts gelesen. In diesem Beitrag haben wir versucht, sie in diesen Kontext einzubetten, indem wir Polanyis Schriften zum Faschismus dargelegt und die Debatten zum Ursprung und Wesen des Faschismus, auf die er eine Antwort zu geben suchte, erforscht haben.

Während die Sozialdemokratie der 1920er-Jahre im Faschismus eine Abweichung vom generellen historischen Trend sah und seine historische Bedeutung und Bedrohung unterschätzte, schlug sich Polanyi auf die entgegengesetzte Seite. Er sah im Faschismus eine »Phase«, in der es nur zwei Antworten gäbe, wie das grundlegende Problem der Moderne – die Trennung von Wirtschaft und Politik – in der damaligen Zeit gelöst werden könne. Seine Vorstellung war nahe an de Man und den Planisten, doch deren Glaube, dass der Faschismus eine historische Lösung für dieses Problem darstellen könne, konnte leicht in eine Nachgiebigkeit gegenüber faschistischen Regierungen überschwappen. Das Problem dabei ist, dass der Faschismus dann für alle Formen nicht-kommunistischer Diktatur steht und man ihn derart von seiner Besonderheit und Substanz befreit.

Weshalb hielt Polanyi daran fest, dass es nur zwei Möglichkeiten gibt, dieses grundlegende Problem der Moderne zu lösen? Weil »die Krise der modernen Gesellschaft«, wie er in *Fascism and Socialism* schrieb, von der Trennung zwischen Politik und Wirtschaft herrühre. Die durch diese Trennung hervorgerufenen Krisen warfen naturgemäß »die Idee der Totalität der Gesellschaft« als Lösung auf.²⁷ In diesem Ausblick stimmte er mit Spann überein, für den soziale »Totalität« der »Generalschlüssel« war (Polanyi 1934b: 225). Für Spann sollte die soziale Totalität durch den Faschismus wiederhergestellt werden. Dies bringe eine nationale Neugeburt Deutschlands, das Führerprinzip, Autoritarismus, die Zerschlagung der Demokratie, Antisemitismus und Rassismus mit sich. Für Polanyi sollte die soziale Totalität durch den Sozialismus wiederhergestellt werden. Er verstand ihn als Ausweitung demokratischer Normen und Institutionen über die gesamte Gesellschaft hinweg. Polanyi sah im Sozialismus die unausweichliche Ausweitung der Demokratie von der politischen auf die wirtschaftliche Sphäre, im Faschismus hingegen eine Bewegung, die versuche, die Wirtschaftsdemokratie zu verhindern, indem sie die politische Demokratie unterdrückte. Deshalb sei der antifaschistische Kampf um Demokratie auch notwendigerweise ein Kampf um den Sozialismus. Was jedoch bei Polanyi etwas unklar bleibt, ist seine Position gegenüber der zentralen Achse der sozialistischen Debatte über den Faschismus der Zwischenkriegszeit: Ist die Wiederherstellung der politischen Demokratie eine notwendige Voraussetzung für die Wiedereröffnung des Pfads zum Sozialismus oder kann die politische Demokratie nur durch die unmittelbare Ergreifung der Wirt-

27 | KPA-18-7, Karl Polanyi: »Fascism and Socialism«, 1934/1940.

schaftsdemokratie gerettet werden? Polanyi war der Ansicht, dass im Kapitalismus »der Einfluss der Arbeiterklasse sowohl in der Politik als auch im Wirtschaftsleben unauflöslich mit der liberalen und demokratischen Organisation der Gesellschaft verbunden ist«.²⁸ Man fragt sich jedoch, ob der Sozialismus wirklich in einem Verhältnis von Kontinuität mit dem Liberalismus steht, oder ob die historische Herausforderung durch die Krise der liberalen Demokratie nicht doch die Artikulierung der Besonderheiten einer sozialistischen Demokratie notwendig macht.

Literatur

- Bauer, Otto (1978): »Problems of the Austrian Revolution«, in: Bottomore, Tom und Goode, Patrick (Hrsg.), *Austro-Marxism*, Oxford: Clarendon Press, S. 156–167.
- Bauer, Otto (1984): »The Unification of Socialism«, in: Beetham, David (Hrsg.), *Marxists in the face of Fascism*, Totowa, NJ: Barnes & Noble Books, S. 294–296.
- Beetham, David (1984): *Marxists in the Face of Fascism*, Totowa, NJ: Barnes & Noble Books.
- Bergounioux, Alain (1983): »L'Internationale ouvrière socialiste entre les deux guerres«, in: Portelli, H. (Hrsg.), *L'Internationale socialiste*, Paris: Les Éditions ouvrières, S. 23–42.
- Berstein, Serge (1975): *Le 6 février 1934*, Paris: Gallimard.
- Blum, Léon (1932): »Résultats et sens des élections allemandes«, in: *Le Populaire*, 8. November 1932.
- Blum, Léon (1935): »Occupation du pouvoir et Front populaire«, in: *Le Populaire*, 4. Juli 1935.
- Botz, Gerhard (1976): »Austro-Marxist Interpretation of Fascism«, in: *Journal of Contemporary History*, 11. Jahrgang, Heft 4, S. 129–156. DOI: <https://doi.org/10.1177/002200947601100408>.
- Cammett, John (1967): »Communist Theories of Fascism, 1920–1935«, in: *Science & Society*, 31. Jahrgang, Heft 2, S. 149–163.
- Cepclair, Larry (1987): *Under the Shadow of War: Fascism, Anti-Fascism, and Marxists, 1918–1939*, New York: Columbia University Press.
- Cole, G. D. H. (1935): »Introduction«, in: *New Fabian Research Bureau*, Jahrgang 1935, Heft 25, S. 5–15.
- Dale, Gareth (2008): »Karl Polanyi's *The Great Transformation*: Perverse Effects, Protectionism, and Gemeinschaft«, in: *Economy and Society*, 37. Jahrgang, Heft 4, S. 495–524.
- Dale, Gareth (2010): *Karl Polanyi: The Limits of the Market*, Cambridge: Polity Press.
- Dale, Gareth (2016a): *Reconstructing Karl Polanyi: Excavation and Critique*, London: Pluto Press. DOI: <https://doi.org/10.2307/j.ctt1ffjrjn>.

²⁸ | KPA-20-8, Karl Polanyi: »Book synopsis: The Fascist Transformation«, 1934–1935.

- Dale, Gareth (2016b): *Karl Polanyi: A Life on the Left*, New York: Columbia University Press.
- Davidson, Neil (2015): »The Far-Right and the Needs of Capital«, in: Saull, Richard, Anievskaya, Alexander, Davidson, Neil und Fabry, Adam (Hrsg.), *The Longue Durée of the Far-Right: An International Historical Sociology*, London: Routledge, S. 129–152.
- de Man, Hendrik (1927): *Zur Psychologie des Sozialismus*, Jena: E. Diederichs.
- de Man, Hendrik (1933): *Die sozialistische Idee*, Jena: E. Diederichs.
- de Man, Hendrik (1935) : *Corporatisme et socialisme*, Brussels: Éditions Labor.
- Desan, Mathieu (2016): *Order, Authority, Nation: Neo-Socialism and the Fascist Destiny of an Anti-Fascist Discourse*, Ann Arbor: University of Michigan (Dissertation).
- Foote, Geoffrey (1997): *The Labour Party's Political Thought: A History*, Hounds mills: Palgrave Macmillan. DOI: <https://doi.org/10.1057/9780230377479>.
- Hilferding, Rudolf (1984): »Revolutionary Socialism«, in: Beetham, David (Hrsg.), *Marxists in the face of Fascism*, Totowa, NJ: Barnes & Noble Books, S. 274–275.
- Horn, Gerd-Rainer (1996): *European Socialists Respond to Fascism: Ideology, Activism and Contingency in the 1930s*, New York: Oxford University Press.
- Horn, Gerd-Rainer (2001): »From ›Radical‹ to ›Realistic‹: Hendrik de Man and the International Plan Conferences at Pontigny and Geneva, 1934–1937«, in: *Contemporary European History*, 10. Jahrgang, Heft 2, S. 239–265. DOI: <https://doi.org/10.1017/S0960777301002041>.
- Jenkins, Brian und Millington, Chris (2016): *France and fascism: February 1934 and the dynamics of political crisis*, London: Routledge.
- Moch, Jules (1927): *Socialisme et rationalisation*, Brussels: L'Églantine.
- Montagnon, Barthélémy (1929): *Grandeur et servitude socialiste*, Paris: Librairie Valois.
- Mozetič, Gerald (1992): »Outsiders and true believers: Austrian sociologists respond to fascism«, in: Käsler, Dirk und Turner, Stephen P. (Hrsg.), *Sociology Responds to Fascism*, London: Routledge, S. 15–42. DOI: https://doi.org/10.4324/9780203169070_chapter_2.
- Özel, Hüseyin (1997): *Reclaiming Humanity: The Social Theory of Karl Polanyi*, Salt Lake City: University of Utah (Dissertation).
- Philip, André (1928): *Henri de Man et la crise doctrinale du socialisme*, Paris: Librairie universitaire J. Gamber.
- Polanyi, Karl (1933): »Die geistigen Voraussetzungen des Faschismus«, in: Polanyi, Karl (2005): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Band 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus, hrsg. von Michele Cangiani, Kari Polanyi-Levitt und Claus Thomasberger, Marburg: Metropolis, S. 216–221.
- Polanyi, Karl (1934a): »Faschismus und Marxistische Terminologie«, in: Polanyi, Karl (2005): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Band 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus, hrsg. von Michele Cangiani, Kari Polanyi-Levitt und Claus Thomasberger, Marburg: Metropolis, S. 233–244.

- Polanyi, Karl (1934b): »Othmar Spann, der Philosoph des Faschismus«, in: Polanyi, Karl (2005): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Band 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus, hrsg. von Michele Cangiani, Kari Polanyi-Levitt und Claus Thomasberger, Marburg: Metropolis, S. 222–226.
- Polanyi, Karl (1934c): »Spanns faschistische Utopie«, in: Polanyi, Karl (2005): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Band 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus, hrsg. von Michele Cangiani, Kari Polanyi-Levitt und Claus Thomasberger, Marburg: Metropolis, S. 227–232.
- Polanyi, Karl (1934d): »Korporatives Österreich – eine funktionale Gesellschaft?«, in: Polanyi, Karl (2002): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Band 1: Wirtschaftliche Transformation, Gegenbewegungen und der Kampf um die Demokratie, hrsg. von Michele Cangiani und Claus Thomasberger, Marburg: Metropolis, S. 204–212.
- Polanyi, Karl (1936): »The Essence of Fascism«, in: Lewis, John, Polanyi, Karl and Kitchen, Donald K. (Hrsg.), *Christianity and the Social Revolution*, New York: Charles Scribner's Sons, S. 359–394.
- Polanyi, Karl (1937): *Europe To-day*, London: Worker's Educational Trade Union Committee.
- Polanyi, Karl (1941): »Der faschistische Virus«, in: Polanyi, Karl (2005): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Band 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus, hrsg. von Michele Cangiani, Kari Polanyi-Levitt und Claus Thomasberger, Marburg: Metropolis, S. 278–295.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt: Suhrkamp.
- Polanyi, Karl (1979): »Das Wesen des Faschismus«, in: Polanyi, Karl, *Ökonomie und Gesellschaft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 91–126.
- Polanyi, Karl (2002): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Band 1: Wirtschaftliche Transformation, Gegenbewegungen und der Kampf um die Demokratie, hrsg. von Michele Cangiani und Claus Thomasberger, Marburg: Metropolis.
- Polanyi, Karl (2005): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Band 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus, hrsg. von Michele Cangiani, Kari Polanyi-Levitt und Claus Thomasberger, Marburg: Metropolis.
- Polanyi, Karl (2016): »The rebirth of democracy«, in: Dale, Gareth (Hrsg.), *Karl Polanyi: The Hungarian Writings*, Manchester: Manchester University Press.
- Pór, Ödön (1923a): *Guilds and Co-operatives in Italy*, London: Labour Publishing Company.
- Pór, Ödön (1923b): *Fascism*, London: Labour Publishing Company.
- Renton, Dave (1999): *Fascism: Theory and Practice*, London: Pluto Press.

- Sedgwick, Peter (1970): »The Problem of Fascism«, in: *International Socialism* (1st series), Jahrgang 1970, Heft 42, S. 31–34.
- Thalheimer, August (1984): »On Fascism«, in: Beetham, David (Hrsg.), *Marxists in the face of Fascism*, Totowa, NJ: Barnes & Noble Books, S. 187–194.
- Trotzki, Leo (1971): *The Struggle against Fascism in Germany*, New York: Pathfinder.
- Trotzki, Leo (1989): *Fascism, Stalinism and the United Front*, London: Bookmarks.
- Vergnon, Gilles (1997): *Les gauches européennes après la victoire nazie: entre planisme et unité d'action, 1933–1934*, Paris: L'Harmattan.
- Vergnon, Gilles (2009): *L'antifascisme en France: de Mussolini à Le Pen*, Rennes: Presses universitaires de Rennes.
- Wasserman, Janek (2014): *Black Vienna: The Radical Right in the Red City, 1918–1938*, Ithaca: Cornell University Press.